



Kai Seefried

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
CDU-Fraktion
Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro Assel
Am Asseler Fleet 31
21706 Drochtersen
Tel: 04148/ 610479
Fax: 04148/ 616360
Email: mail@kai-seefried.de

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
Tel: 04141/ 7976488

Internet
www.kai-seefried.de

Landtagsrede vom 15. Oktober 2015

Auszug aus dem stenografischen Bericht der 77. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages

Tagesordnungspunkt 23: Abschließende Beratung **Für mehr Lehrkräfte, gegen drohenden Stundenausfall: Mit einem Sofortprogramm den rot-grünen Bildungsbankrott verhindern - guten Unterricht an allen Schulformen sicherstellen!** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/3829 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/4315

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Niederlage vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg sitzt nach wie vor tief. Sie sitzt tief bei den Abgeordneten von SPD und Grünen, tief bei der Landesregierung und der Kultusministerin. Sie liegt - auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Scholing, selbst davon nicht mehr berührt sind - vor allen Dingen aber tief bei den Schulen und bei unseren Lehrkräften; denn das sind diejenigen, die das, was diese Landesregierung angerichtet hat, ausbaden müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg ist schlechthin *die* Ohrfeige für diese Landesregierung und die falschen und willkürlichen Entscheidungen, die dort getroffen worden sind. Die Entscheidungen sind aber nicht nur juristisch, sie sind und bleiben auch im Grundsatz vollkommen falsch.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte und - das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen - auch für die Abschaffung der zugesagten Altersermäßigung für alle Lehrkräfte. Die Landesregierung versucht hier, sich die Welt wieder so zu machen, wie sie ihr selber am besten gefällt. Die Landesregierung ist wieder im Modus der Pippi-Langstrumpf-Politik. Das Ganze schreibt sie auch in einer aktuellen Antwort der Landesregierung nieder. In dieser Antwort der Landesregierung zur Arbeitsbelastung unserer Lehrkräfte ist die Rede davon, dass die Abschaffung der zugesagten Altersermäßigung - jetzt zitiere ich aus dieser Antwort der Landesregierung - den Betroffenen „zumutbar“ ist und diese Entscheidung auch durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt worden ist.

Meine Damen und Herren, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat aber gerade nicht über die Zumutbarkeit entschieden, sondern es hat darüber entschieden, dass das, was Sie da gemacht haben, gesetzlich rechtmäßig ist. Gesetzlich rechtmäßig ist es, falsch bleibt es aber trotzdem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

SPD und Grüne - das weiß ich - können diese Diskussion über ihre eigene verfehlte Bildungspolitik selbst nicht mehr ertragen. Sie müssen es aber ertragen und auch die Debatte heute führen. So wurde eben auch mit unserem Entschließungsantrag umgegangen: möglichst schnell durch den Kultusausschuss bringen, möglichst schnell dann auch ablehnen, so wie es heute hier im Landtag passieren soll. - Aber Sie müssen diese Diskussion ertragen; denn Ihre falsche und vollkommen verfehlte Politik führt zu dramatischen Konsequenzen für unsere Schulen, für die Lehrkräfte, für die Eltern und zuallererst für die Schülerinnen und Schüler.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung wird für alle zu einem immer größer werdenden Problem. Die Belastung unserer Lehrkräfte steigt und steigt. Sie steigt eben nicht nur in der Anforderung, guten Unterricht zu machen und dabei auch noch die Inklusion entsprechend umzusetzen, sondern die Belastung steigt auch über die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, die durch diese Landesregierung gefährdet ist. Sie steigt durch die Mehrarbeit, die zu leisten ist, um das Oberverwaltungsgerichtsurteil auszugleichen. Sie steigt durch die Vertretung, die Lehrkräfte machen müssen. Sie steigt auch durch die zusätzliche Betreuung der Flüchtlinge, die planlos durch diese Landesregierung in unsere Schulen kommen.

Ich denke, jeder hier im Saal kann sich gut vorstellen, auch ohne selbst Pädagoge zu sein, was unsere Lehrkräfte an dieser Stelle leisten. Ich will es noch einmal betonen: Unsere Lehrkräfte in Niedersachsen leisten etwas Großartiges! Unseren Lehrkräften gilt der allergrößte Dank!

(Beifall bei der SPD)

Die Probleme, die diese Landesregierung zu verantworten hat, zeigen sich aber überall offenkundig und verschärfen sich von Tag zu Tag, eben auch mit der planlosen Flüchtlingspolitik. Sie, die Abgeordneten von SPD und Grünen, und die Ministerin Heiligenstadt tragen dafür die Verantwortung.

Wir als CDU-Fraktion haben Ihnen viele, viele Hinweise gegeben. Seit dem Sommer 2013, gleich nach dem Regierungswechsel, wurde ein Antrag nach dem anderen hier im Parlament beraten. Im Ergebnis bleibt heute auch nach über zweieinhalb Jahren festzuhalten: Niedersachsen ist von allen Bundesländern am schlechtesten auf die aktuelle Situation in unseren Schulen vorbereitet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Woher nehmen Sie diese Erkenntnis? Das ist Populismus!)

- Frau Hamburg, das ist kein Populismus, sondern das passt genau dazu, was am Montag sogar Ihre befreundete GEW in Osnabrück zum Ausdruck gebracht hat. Selbst dort wird diese Kritik so geäußert. Die Presse hat auch darüber berichtet. Herr Yalcinkaya, der Leiter einer Hauptschule, wird auf dieser GEW-Tagung wie folgt zitiert: Die bereitgestellten

Mittel und Maßnahmen gingen in die richtige Richtung, aber sie seien nicht genug, und sie kämen zu spät. - Genau so wird es dort zum Ausdruck gebracht. Frau Hamburg, Sie hätten längst viele Maßnahmen auf den Weg bringen können, wenn Sie den Vorschlägen von CDU und FDP in der Vergangenheit bereits gefolgt wären.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung gibt aber immer noch keine Antworten auf die Probleme. Im Gegenteil: Sie baut immer neue Hürden auf.

Das, was wir jetzt brauchen, sind flexible Möglichkeiten, die vor Ort in den Schulen zur Verfügung stehen, um Einstellungen vorzunehmen und um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Was wir derzeit nicht brauchen, ist ein Einstellungserlass, was wirklich nur nach SPD-Planwirtschaft funktioniert. Genau so kann man unseren Schulen derzeit überhaupt nicht helfen.

Wir brauchen eine angemessene Entschädigung für die geleistete Mehrarbeit. Sie, die Abgeordneten von SPD und Grünen, Sie, Frau Hamburg, Sie, Herr Scholing, und alle weiteren, vor allen Dingen unsere Ministerin, Sie müssen dafür sorgen und tragen dafür die Verantwortung, dass wirklich je-de - das betone ich noch einmal: wirklich jede - Stelle, die hier in Niedersachsen durch Ihre falsche Politik nicht besetzt worden ist und die dann erst durch ein Gerichtsurteil geschaffen werden musste, besetzt wird und jede geleistete Mehrarbeit auch wirklich ausgeglichen wird. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

Wir alle wissen doch, dass die Belastungen für unsere Lehrkräfte steigen, genau wie ich es gerade beschrieben habe. Aber wie dramatisch die Belastungssituation unserer Lehrkräfte tatsächlich ist, lesen wir auch in der schon genannten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu der Belastung der Lehrkräfte in Niedersachsen. Die Antwort der Landesregierung ist von letzter Woche.

Ich finde, das, was in dieser Antwort steht, muss uns alle gemeinsam nachdenklich machen. Denn in dieser Antwort listet die Landesregierung die Zahlen auf, dass es weniger als 10 % unserer Lehrkräfte in Niedersachsen schaffen, bei voller Unterrichtsverpflichtung bis zur Pensionsgrenze durchzuarbeiten. Weniger als 10 %! Noch erschreckender finde ich die Zahl, dass jedes Jahr rund 80 % aller Pensionierungen von Lehrkräften Früh-pensionierungen sind, weil sich diese Lehrkräfte zum großen Teil freiwillig dazu entscheiden, ihre Arbeitszeit zu verkürzen und auf Gehalt zu verzichten, weil die Situation in den Schulen nicht mehr zu schaffen ist.

Ich finde, meine Damen und Herren, das muss uns gemeinsam nachdenklich stimmen, wie wir genau auf diese Entwicklung reagieren. Deswegen brauchen wir endlich eine ehrliche Debatte darüber, was unsere Lehrkräfte leisten, statt einer Politik wie bei SPD und Grünen, die von Willkür und vom Machtgedanken getragen ist.

Eine unabhängige wissenschaftliche Erhebung der Arbeitszeit unserer Lehrkräfte wäre genau die Chance, die Sie jetzt nutzen könnten, um neues Vertrauen und auch eine neue Ehrlichkeit aufzubauen. Aber auch diese Chance haben Sie wieder vertan, indem auch mit diesem Antrag die Möglichkeit einer unabhängigen Erhebung der Arbeitszeit unserer Lehrkräfte wieder einmal vertan wird und Sie nicht einmal bereit sind, überhaupt darüber zu reden, wie eine solche Erhebung auf den Weg gebracht werden könnte.

„Augen zu und durch!“ - das ist das Motto bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Seefried, lassen Sie eine Zwischen-frage der Kollegin Frau Hamburg zu?

Kai Seefried (CDU):

Auch wenn die Zeit knapp ist - gerne, Frau Hamburg!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Seefried, die Uhr wird angehalten.

Kai Seefried (CDU):

Ich danke Ihnen.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Herr Seefried, vor dem Hintergrund, dass das Urteil des Gerichts deutlich gemacht hat, dass die Belastungen der letzten zehn Jahre, die an Schulen immer wieder on top gelegt wurden, Grundlage dafür sind, dass man nicht quantifizieren kann, inwiefern die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung tatsächlich zu vertreten ist, frage ich Sie, wo Ihre Demut und Eigeneinsicht bleiben, rückblickend zu schauen, was bei Ihnen dort on top gelegt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kai Seefried (CDU):

Ich darf einmal ganz einfach fragen, Frau Hamburg: Wer hat eigentlich diese Klage vor dem Oberverwaltungsgericht verloren, und gegen wen ist geklagt worden? - Es ist gegen die Landesregierung von SPD und Grünen geklagt worden, und verloren haben genau Sie!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben verloren, und Sie müssen die Konsequenzen tragen.

Genau deshalb wäre es eine Chance, eine solche Erhebung zu machen. Wenn Sie dafür offen sind, dann lassen Sie uns doch endlich diesen Weg beschreiten, sodass wir eine solche Erhebung der Arbeitszeit bekommen! Sie haben bisher jede Chance vertan, die sich hierzu im Landtag geboten hat, und jeden Antrag abgelehnt. Sie sind nicht einmal bereit, darüber zu reden, wie wir das gemeinsam auf den Weg bringen können.

Das Motto bei dieser Landesregierung ist und bleibt: „Augen zu und durch!“ Das ist auch wieder bei der GEW-Tagung am Montag in Osnabrück deutlich geworden. Die *Neue Osnabrücker Zeitung* hat dazu am Dienstag geschrieben. Ich möchte aus dem Artikel der *NOZ* zitieren, wie es sich in Osnabrück abgespielt hat. Ich glaube, das ist für alle interessant.

Ich zitiere aus dem *NOZ*-Artikel:

„Dissonanzen traten gegen Ende der Eröffnungsveranstaltung auf, als die Fachgruppe der Grundschullehrer ihre an die Ministerin adressierten Beschwerdebriefe nicht loswurde. Vertreterinnen der Fachgruppe hechteten mit ihren vorbereiteten Utensilien hinter der

Ministerin her, als sie den Saal verließ, und erwischten sie noch beim Besteigen der Dienstlimousine. Dort erhielten sie den Bescheid, dass nicht genug Platz im Wagen und die Entgegennahme jetzt nicht möglich sei.“

(Adrian Mohr [CDU]: Dialogkultur!)

Was soll man von einer solchen Situation und von einem solchen Umgang mit unseren Lehrkräften in Niedersachsen halten?

Unter dem Strich bleibt ein riesengroßes Chaos in diesem Kultusministerium, das Sie und die Ministerin zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. -